

Beiträge zur Politischen Wissenschaft

Band 102

Wandel durch Beständigkeit

Studien zur deutschen und internationalen Politik

Jens Hacker zum 65. Geburtstag

Herausgegeben von

**Karl G. Kick, Stephan Weingarz
und Ulrich Bartosch**



Duncker & Humblot · Berlin

KICK / WEINGARZ / BARTOSCH (Hrsg.)

Wandel durch Beständigkeit

Beiträge zur Politischen Wissenschaft

Band 102



Juss Harker

Wandel durch Beständigkeit

Studien zur deutschen und internationalen Politik

Jens Hacker zum 65. Geburtstag

Herausgegeben von

Karl G. Kick, Stephan Weingarz
und Ulrich Bartosch



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Wandel durch Beständigkeit : Studien zur deutschen und internationalen Politik ; Jens Hacker zum 65. Geburtstag / hrsg. von Karl G. Kick ... – Berlin : Duncker und Humblot, 1998 (Beiträge zur politischen Wissenschaft ; Bd. 102)
ISBN 3-428-09385-2

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 1998 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0582-0421
ISBN 3-428-09385-2

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☉

*Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen,
von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu
wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa
dem Frieden der Welt zu dienen,*

*hat das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen,
Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-
Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-
Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine
neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dies-
es Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.*

*Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken ver-
sagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier
Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.*

Präambel des Grundgesetzes (1949)

*Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen,
von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem ver-
einten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche
Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz ge-
geben.*

*Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern,
Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vor-
pommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz,
Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen
haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutsch-
lands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deut-
sche Volk.*

Präambel des Grundgesetzes (1990)

Vorwort

Die Präambel des Grundgesetzes in ihrem Bestand und Wandel kann geradezu als leitende Idee dem wissenschaftlichen Wirken von Jens Hacker vorangestellt werden. Die bewußte Verantwortung des Wissenschaftlers, im politischen Diskurs den dort formulierten Verfassungsauftrag Gewicht und Stimme zu geben, hat er immer angenommen.

Daß der politische Status quo dem Wandel unterliegen werde, daß dafür der Bestand rechtlicher Rahmenstrategien und Garantien als Voraussetzung zu erhalten sei, stand für Hacker außer Zweifel. Ebenso unzweifelhaft war für ihn, daß ein Wandel zur Einheit, der zusammenwachsen läßt, was zusammengehört, keine rückwärtsgerichtete Entwicklung bedeuten muß und darf. Allen Tendenzen zu einer isolierten deutschen Politik, die Einheit in Freiheit mit nationalem Machtgewinn gleichsetzen zu wollen, erteilt Hacker eine Absage. Die atlantische Bindung eines integrierten Europas entspricht für ihn den modernen politischen Entwicklungen und Anforderungen. So ging es Jens Hacker nie um die Wiederherstellung der nationalen Einheit um ihrer selbst willen. Die Gestaltung seiner politischen Ordnung erlaubt es dem deutschen Volk, in demokratischer Selbstbestimmung seine Geschicke zu lenken und „in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Damit ist der Kern von Jens Hackers wissenschaftlicher und politischer Grundhaltung benannt.

Von diesem Zentrum aus erschließt sich ein breites, sowohl in seinen Inhalten wie nach seinen methodischen Ansätzen vielfältiges Forschungs- und Lehrgebiet. Es verbindet die Disziplinen Völkerrecht, Internationale Politik und Zeitgeschichte, aber auch Innenpolitik und Vergleichende Regierungslehre. In seinen Forschungen hat sich Jens Hacker vor allem mit Fragen im Schnittpunkt von Recht und Politik beschäftigt. Die Spaltung Deutschlands war Ergebnis der politischen Entwicklungen während und nach dem Zweiten Weltkrieg, aber die rechtlichen Vereinbarungen der alliierten Mächte bildeten die Voraussetzungen für die Möglichkeit der deutschen Einheit. An diesen Rechtsgrundlagen festhalten hieß, der Politik die Instrumente bereitzustellen für eine friedliche Aufhebung der Teilung, so wie es im Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland, dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ vom 12. September 1990 geschehen ist.

Wie die Einigung vollzogen werden könne, hat auch Jens Hacker nicht vorausgesehen. Freilich hat er diese Frage als bestehende Aufgabe der Deutschlandforschung nie aufgeben wollen. Das tatsächliche Ende des Ost-West-

Konflikts mußte auch ihn überraschen. Gleichwohl hatte er sich der Analyse der politisch-militärischen Rahmenbedingungen der DDR gewidmet, innerhalb derer ein Wandel geschehen mußte. Die historische Entstehung, die politische Entwicklung und die rechtlichen Strukturen des Herrschaftssystems im Ostblock bildeten das zweite große Forschungsfeld Hackers. Dabei begriff er „Ostblock“ als geographische und wesensmäßige Umschreibung einer singulären Erscheinung, nicht als Pendant zu einer analogen Struktur im Westen. In vielen seiner Vorlesungen und Seminaren hat Hacker sich mit dem ‚westlichen‘, liberal-demokratischen Verfassungsstaat des Bonner Grundgesetzes beschäftigt: in systematischer, in vergleichender und in verfassungshistorischer Hinsicht; und er hat damit das normative Ziel einer Einheit in Freiheit konkretisiert, nämlich die freiheitliche Republik, die den Grundsätzen der Demokratie, der Rechts- und Sozialstaatlichkeit sowie darüber hinaus des Bundesstaates verpflichtet ist.

Am 3. Oktober 1990 wurde mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland der Auftrag des Grundgesetzes erfüllt; mit diesem Wandel wurde auch die Präambel geändert. Der Auftrag, „in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“, bleibt bestehen. Die Gestaltung einer internationalen Ordnung in Europa und in der Welt, die Freiheit und Frieden sichert, wird nach aller Veränderung Jens Hacker weiterhin beschäftigen.

„Wandel durch Beständigkeit“, wie wir diese Festschrift überschrieben haben, will nicht nur auf jene deutschlandpolitische Programmatik verweisen, die der Jubilar mit kämpferischer Leidenschaft vertreten hat, sondern damit kann sein wissenschaftliches Werk insgesamt gekennzeichnet werden. Die Beiträge dieses Bandes spiegeln die Vielfalt des wissenschaftlichen Interesses wider, das Jens Hacker in Forschung und Lehre vertritt.

Die Herausgeber dieses Bandes haben bei Jens Hacker studiert, ebenso diejenigen, die bei der Erstellung des Bandes geholfen haben: allen voran Marion Schulte-Beckhausen, die uns als sachverständige Lektorin wertvolle Hilfe leistete, sowie die studentischen Hilfskräfte Yvonne Hempel und Stefan Sellmaier. Frau Hildegard Meinhard hat uns als Sekretärin nach Kräften unterstützt. Die Herausgeber danken allen für die engagierte Zusammenarbeit. Besonderer Dank ergeht an alle beteiligten Autoren für ihre Beiträge und an den Leiter des Verlages Duncker & Humblot, Prof. Dr. Norbert Simon, für die Übernahme des Bandes in das Programm des Verlages.

Mit der Vorlage dieser Festschrift gratulieren alle Mitwirkenden Herrn Professor Dr. Jens Hacker zu seinem 65. Geburtstag. Sie wünschen ihm persönliches Wohlergehen und alles Gute für seine weitere wissenschaftliche Arbeit.

Regensburg, im Juli 1998

*Karl G. Kick, Stephan Weingarz,
Ulrich Bartosch*

Inhaltsverzeichnis

Prolog: Blick nach vorne

Theo Waigel

Deutschlands neue internationale Rolle	15
--	----

Form und Transformation politischer Systeme

Wjatscheslaw Daschitschew

„Der rasenden Fahrt in den Abgrund mußte Einhalt geboten werden“. Aus der Geschichte des neuen Denkens in der Sowjetunion vor der Perestroika ...	27
---	----

Siegfried Mampel

Zur Perversion der Menschenrechte in der ehemaligen DDR. Ein Nachtrag ..	53
--	----

Michael Wolffsohn

Papa ante portas	75
------------------------	----

Manfred Wilke

Der Historiker und die Politik. Alexander Fischer als Sachverständiges Mitglied der Bundestags-Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“	79
--	----

Eckart Klein

Zwei-plus-Vier-Vertrag und deutsche Verfassunggebung	101
--	-----

Stephan Weingarz

Transformation und Integration. Zur Parallelität und Interdependenz zweier Prozesse in Deutschland	117
--	-----

Jeffrey Herf

Divided Memory. The Nazi Past in the Two Germans	133
--	-----

Eckhard Jesse

- Antiextremistischer Konsens. Von der Weimarer Republik bis zur Gegenwart 151

Tilman Mayer

- Ist die Totalitarismustheorie gescheitert? 171

Jürgen Domes

- Aspekte des Maoismus als politisches System in China 191

Die Staaten im Umbruch der internationalen Beziehungen*Gernot Gutmann*

- Standortprobleme der Industrieländer vor dem Hintergrund der Globalisierung. Das Beispiel Deutschlands 217

Clemens Kauffmann

- Revisionismus oder Zukunftsfähigkeit? Optionen deutscher Japanpolitik 233

Anneli Ute Gabanyi

- Rumänien und die NATO 261

Erhard Cziomer

- Einige Aspekte der Sicherheitspolitik Polens in den neunziger Jahren 287

Milan Hauner

- Tschechen und Deutsche in Mitteleuropa 301

Dieter Blumenwitz

- Die tschechisch-liechtensteinischen Beziehungen. Ein anhaltender Konflikt in Mitteleuropa 347

Rupert Hofmann

- „Kirchenasyl“ und ziviler Ungehorsam 363

Franz Eibl

- Die deutsch-französischen Konsultationen vom 3./4. Juli 1964 und de Gaulles „Angebot“ einer nuklearen Zusammenarbeit 389

Grundlagen und Perspektiven der internationalen Ordnung*Winfried Becker*

- Ausprägungen der Europaidee in der katholischen Publizistik des 19. und 20. Jahrhunderts 411

Karl G. Kick

- Die internationalen Beziehungen im politischen Denken Hermann Hellers 439

Wilfried Fiedler

- „Soundly based in international law“. Die Erklärung der Westmächte vom 14. und 16. Februar 1996 zum „Potsdamer Abkommen“ und die Reform der Völkerrechtsordnung 455

Dietrich Murswiek

- Peaceful change – ein derivatives Völkerrechtsprinzip 477

Boris Meissner

- Sicherheit und Kooperation im Ostseeraum 495

Christian Weimer

- „Mitteleuropa“. Ein komplexer und ambivalenter politischer Terminus und die kontroverse Diskussion über ihn in den achtziger und neunziger Jahren ... 507

Ulrich Bartosch

- Die Verkehrung des Utopischen. Der Atomare Realismus als Antwort auf die globale Bedrohung 531

Hyong-Kon Han

- Die grenzüberschreitende Luftverschmutzung im Völkerrecht 557

Epilog: Blick zurück*Guido Knopp*

- Zeitgeschichte im Fernsehen. Warum Geschichte im Fernsehen? 573

- Schriftenverzeichnis Jens Hacker 581

- Autorenverzeichnis 593

Prolog: Blick nach vorne

Deutschlands neue internationale Rolle

Von Theo Waigel

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert kommt der Frage nach der neuen internationalen Rolle Deutschlands und den außenpolitischen Interessenschwerpunkten unseres Landes in verändertem Umfeld zukunftsweisende Bedeutung zu. Gefordert sind der Mut zum Abschied vom alten Denken, das Hinterfragen bewährter Gewohnheiten und die Suche nach neuen Horizonten. Politischer Führung sind freilich auch Grenzen gesetzt, die zu erkennen zum klaren Gestaltungsauftrag des Politikers gehört. Otto von Bismarck formulierte dazu ebenso scharfsinnig wie treffend: „Der Staatsmann gleicht einem Wanderer im Walde, der die Richtung seines Marsches kennt, nicht aber den Punkt, an dem er aus dem Forste heraustreten wird.“

I. Außenpolitik als globale Gestaltungsaufgabe

Außenpolitik ist immer weniger eine Angelegenheit, die in nationalstaatlichen Kategorien begriffen werden kann. Auch das klassische Ressortdenken hat ausgedient. Vielfältige Vernetzung kennzeichnet heute die Außenpolitik. Sie umfaßt neben traditionellen auswärtigen Beziehungen auch europäische und internationale Finanzpolitik, Außenhandels- und Wirtschaftspolitik, Entwicklungszusammenarbeit, Sicherheits- und Abrüstungspolitik. Zu dieser Konzeption einer „ganzheitlichen Außenpolitik“ zählen ebenso die Politik in und mit regionalen und internationalen Organisationen, das engmaschige Netz bilateraler Beziehungen sowie die Auswärtige Kulturpolitik.

Bei der Außenpolitik Deutschlands handelt es sich um eine globale Gestaltungsaufgabe. Weitblick und Kraft zur Gestaltung sind gefordert, um unserem Auftrag, zum Wohl des deutschen Volkes beizutragen, zu entsprechen. In anderen Staaten zählt der Satz, Außenpolitik diene vor allem der Verwirklichung der nationalen Interessen, zum parteiübergreifenden Konsens und bedarf nicht der Erklärung. In Deutschland, bei der Linken zumal, steht bereits der Begriff der deutschen Interessen unter der Herrschaft des Verdachts.

Die Formulierung wohlverstandener eigener Interessen zählt indes zu den Grundvoraussetzungen einer erfolgreichen Außenpolitik. Berechenbarkeit und Schlüssigkeit deutscher Außenpolitik hängen von zwei Bestimmungsfaktoren

ab: Von der klaren Definition und von der verantwortungsbewußten Umsetzung unserer wertebundenen Interessen.

II. Außenpolitische Interessenschwerpunkte Deutschlands

An den Grundorientierungen deutscher Außenpolitik hat sich nichts geändert. Auch das vereinte Deutschland bleibt politisch, wirtschaftlich und geistig durch seine Verfassung, durch institutionelle Verflechtung und das Lebensgefühl seiner Menschen fest im Westen verankert.

Jens Hacker unterstreicht diesen Tatbestand in seinem 1995 erschienenen Buch „Integration und Verantwortung – Deutschland als europäischer Sicherheitspartner“ mit der Feststellung: „Deutschland ist unter politischen und kulturellen Aspekten im Westen verankert und hat mit dafür zu sorgen, daß die europäisch-amerikanische Partnerschaft auch in Zukunft erhalten bleibt.“

Aus unserer Westbindung, geographischen Lage und historischen Erfahrung ergeben sich drei Interessenschwerpunkte deutscher Außenpolitik:

1. die Werte-, Friedens-, Stabilitäts- und Wohlstandsgemeinschaft der Europäischen Nation zu festigen und sie schrittweise nach Osten zu erweitern;
2. die engen und vertrauensvollen transatlantischen Bindungen mit den USA und Kanada zu pflegen und zu vertiefen;
3. der weltweiten Verantwortung Deutschlands und Europas für Frieden, Stabilität und Entwicklung gemeinsam mit unseren Partnern gerecht zu werden.

Zwei mörderische Kriege lehren uns, daß die Sicherung des Friedens in Freiheit die wichtigste Aufgabe deutscher Politik bleiben muß. Wenn Deutschland heute zum ersten Mal in diesem Jahrhundert auf der Seite der Gewinner der Geschichte steht, dann verdankt es dies verantwortungsbewußter Außenpolitik sowie der Aussöhnung und Zusammenarbeit mit den ehemaligen Kriegsgegnern. Unser Land ist heute Motor der Neuordnung Europas und unterhält zu all seinen Nachbarn freundschaftliche Beziehungen.

1. Europa als Chance und politisches Schlüsselprojekt

Das Schlüsselprojekt Europa erteilt uns einen klaren Auftrag: Frieden und Freiheit auf dem gesamten Kontinent dauerhaft zu bewahren sowie den Wohlstand und die soziale Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Grundlage dafür ist und bleibt die zielstrebige Fortführung des europäischen Integrationsprozesses und der Ausbau der transatlantischen Partnerschaft. Die historischen Gipfelentscheidungen von Madrid, Amsterdam und Paris haben 1997

die Weichen für die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung des 21. Jahrhunderts gestellt.

Das europäische Einigungswerk und das Atlantische Bündnis haben sich in den vergangenen 50 Jahren als die erfolgreichste Freiheits- und Friedensbewegung aller Zeiten erwiesen. Deutschland wird tatkräftig daran mitwirken, daß sie weiterhin diese Vorreiterrolle wahrnehmen können.

Die Zukunft Europas hängt unwiderruflich vom Bekenntnis zur gemeinsamen Verantwortung ab, die wiederum im Erbe der europäischen Nationen als einer wertgebundenen Gemeinschaft wurzelt. Diese ist durch Aufklärung und Christentum begründet worden. Die Zugehörigkeit zu einer Rechts- und Wertegemeinschaft wirkt identitätsstiftend, wobei die entscheidende Bindungswirkung aus dem nationalen Zusammengehörigkeitsgefühl erwächst. Auch in Zukunft werden sich die Menschen in Barcelona als Spanier und Katalanen, die in Brest als Franzosen und Bretonen, die in Pressburg als Slowaken und die in München als Deutsche und Bayern fühlen.

Nur allmählich wird sich das herausbilden, was der tschechische Präsident Vaclav Havel in seiner Rede im April 1997 im Deutschen Bundestag historisch vorausgreifend als „europäische Heimat“ bezeichnet hat – „nämlich das Bewußtsein, daß wir miteinander eine gemeinsame Heimat der Gedanken, Werte und Ideale teilen“.

Der Föderalismus als Strukturprinzip liefert den Bauplan für einen lebendigen und handlungsfähigen europäischen Staatenverbund, in dem

- alle Nationen ihre Identität bewahren;
- die Vielfalt der kulturellen Traditionen und regionalen Besonderheiten gesichert ist und
- die Kompetenzverteilung strikt dem Subsidiaritätsprinzip folgt, nach dem die höhere Ebene Kompetenzen nur dann erhält, wenn die niedrigeren Ebenen zur Problemlösung effektiv nicht in der Lage sind.

Zur zügigen Ausgestaltung des europäischen Integrationsprozesses gibt es keine verantwortbare und erfolgversprechende Alternative. Die Zahl der politischen und ökonomischen Herausforderungen, die mit den Mitteln nationalstaatlicher Politik nicht mehr effizient gelöst werden können, nimmt zu – von der Umweltpolitik über die Wirtschafts- und Währungspolitik bis hin zur Steuerung der Wanderungsbewegungen und zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität.

Ohne wirtschaftliche Koordination und Kooperation können sich unsere Volkswirtschaften im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr behaupten. In einer multipolaren Weltordnung wird Europa sein politisches und ökonomisches Gewicht nur stärken können, wenn es seine Kräfte wirksam bündelt und